

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spalte für oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Retikeln die Seite 60 Pfg.

Erkicht täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertage.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Bezugspreis
für Halle wöchentlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nummer 5582 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich
S. S. Albert Berlin in Halle.
[Bezugsverbindung mit Berlin und Leipzig.]
Anschlags-Nr. 176.

Nr. 14.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 17. Januar

1891.

Die sozialdemokratische Partei.

Auch auf die Sozialdemokratie scheint das kluge Wort des Herrn v. Caprivi Anwendung finden zu sollen, die Politik werde unter ihm langweilig werden. Wir lassen uns eine ganze Weile dieser Art gern gefallen. Wenn die Politik aufregend wird und als Sensationsdrama sich entwickelt, dann ist das gewiß unterhaltsam und daneben auch interessant. Denn es sind ja immer sehr wichtige materielle Interessen, die in der Form parteipolitischer Gegenstände miteinander ringen, und wer in diesem Kampfe steht, der hat nicht bloß die Ehre, sondern auch den Gewinn. Es ist schon viel, und es ist für Jüngern, daß dieser Kampf, der naturgemäß niemals ausfallen kann, gegenwärtig mildere Formen angenommen hat. Die angeblich langweilig gewordene Politik bedeutet eine Gefühlskurve unserer Zustände, und wer schärfer blickt, entdeckt überdies unter der beruhigenden Oberfläche dieselben großen politischen und geschichtlichen Gegensätze, die bisher die Entwicklung des nationalen Lebens bestimmt haben, und die es auch fernherhin bestimmen werden. Nur die Formen haben sich geändert, das Wesen aber ist dasselbe geblieben. Darum sind wir nicht geneigt, wenn wir den gegenwärtigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung beobachten, aus dem Nachlassen der früheren starken Spannungsverhältnisse zugleich auf ein Nachlassen der Bewegung selber zu schließen. Es kann davon im Ernste gar keine Rede sein. Aber die Sozialdemokratie ist ebensoviele wie irgend eine andere Erscheinungsform des menschlichen Denkens und der menschlichen Lebensverhältnisse vor der Umwandlung und Fortentwicklung bedarf, sowohl nach der guten wie nach der schlimmen Seite hin. Ob sie will oder nicht, so hängt sie mit ihrer Methode und mit der ganzen Art, wie sie sich gibt und äußert, von ihrer Umgebung ab. Das unermessliche Gesetz, das rund den entzweiten Gegenstand erzeugt, und das das Nachlassen des Drucks auch den Gegenstand mildert, das Gesetz ist schon so sehr kleinlich und folgerichtig zu beobachten gewesen, wie jetzt innerhalb der Sozialdemokratie und in Bezug auf ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Wo sind doch die Propheten geblieben, die vom Aufstehen des Sozialismus als Ende von Kriegen und Kämpfen in Deutschland dachten? Ganz überraschend schnell, viel schneller jedenfalls, als irgendwer vermuten konnte, sind diese Kassenbrände verurteilt, und wir glauben nicht, daß es in diesem Augenblicke eine nennenswerte Zahl von politisch denkenden Menschen in Deutschland gibt, die ein neues Sozialistengesetz wünschen möchte. An der verhältnismäßigen Ruhe, die jetzt innerhalb der Partei herrscht, und von der ihre öffentlichen Ausgebungen getragen sind, hat die Klugheit der Führer gewiß ihren Anteil. Die Herren würden klagen, wenn sie die kaum erst wieder erlangte Bewegungsfreiheit durch aufregende und die scharfe Grenzlinie des Gesetzgebens überschreitende Agitationen aufs Spiel setzen würden. Aber die vorläufige Berechnung allein ist es nicht, die dem gegenwärtigen Verhalten der Sozialdemokratie ihren Charakter gibt. Welcher wird dieser Charakter in der Hauptfrage bestimmt durch die Beringerung der Angriffspunkte, gegen die sich die sozialdemokratische Offensive richten kann. Es ist die allgemeine Disposition der Welt, die der sozialistischen Agitation ungünstig ist, obwohl sie ihre in anderer Hinsicht wieder günstig ist. Das ergibt sich aus unzähligen Beispielen und läßt sich doch sehr gut begründen. Das erste ist das Augenmerk, was die Regierung und die herrschenden Parteien ihrer Pflichten zur Befestigung einer Reihe von tiefgreifenden sozialen Schäden mit dem ernstesten Verantwortlichkeitsgefühl benutzt geworden sind, in demselben Augenblicke haben die Oberen des Sozialismus allerdings eine starke Förderung erfahren müssen, aber die Gegenstände zwischen der Sozialdemokratie und ihren Gegnern haben sich bei dem bis zu einem gewissen Grade vorhandenen Parallelismus der beiderseitigen Bestrebungen naturgemäß abgeschwächt. Die offene oder stillschweigende Anerkennung eines Teiles der sozialistischen Forderungen hat diesen Forderungen ihre Schärfe genommen, und die Sozialdemokratie selber ist erloschen über die Willkür des Antagonismus, in welchem sie zur bürgerlichen Gesellschaft steht. Hier ist auch die Wurzel des vielverheißenen Streites zwischen den Alten und den Jungen zu suchen. Mit dem Aufstehen der geborenen Oppositions- und Kampfpartei haben die Jungen herausgefunden, daß es der Tod der Sozialdemokratie sein würde, wenn sie im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung praktische Erfolge erzielte, durch die die Massen bedrückt würden, während das Erfolge der herrschenden politischen und sozialen Zustände daselbst bliebe. Dieser radikale Zügel der Partei mag die Zukunft und die wahrscheinliche Entwicklung der Verhältnisse richtiger als die Alten kennzeichnen, aber die Webel und Wehrt sind doch wieder weit richtiger über die tatsächlichen Machtverhältnisse gewahrt. Sie wissen, daß die Partei einfach zerfallen würde, wenn sie sich hätte einfallen lassen, ihre Agitation auf andere als die gesetzlichen Grundlagen zu stellen. Der Sieg der Alten bedeutet also ohne Frage eine härtere Konfolidierung der sozialdemokratischen Partei, insofern beständig dieser Erfolg zugleich den Prozeß der Verhängung der Massen, und wir dürfen mit größerer Zuversicht als jemals zuvor hoffen, daß es der deutschen sozialdemokratischen Bewegung ebenso ergehen wird wie der veranordneten Bewegung des englischen Chartismus, der vor drei oder vier Jahrzehnten sich ebensoviele revolutionär ansetzte wie im vorigen Jahrzehnt unsere Sozialdemokratie, und der, dank der Weisheit der englischen Regierung und der bürgerlichen Massen des Königreichs, zu der großartigen, aber politisch ungeschicklichen, Generalführerbewegung der englischen Arbeiterwelt geworden ist. Wir möchten hieran noch anfügen, daß der Streit zwischen den Alten und den Jungen tatsächlich so gründlich wie nur

möglich vorbei ist und mit der vollständigen Niederlage der Jungen geendet hat. Wir erfahren aus Berlin, daß der Hauptführer der radikalen Gruppe, Bruno Wille, auch von dem Rest seiner Anhänger so gut wie verlassen ist. Bruno Wille hat viel Monate in seiner sozialdemokratischen Verammlung mehr als Wort genommen, er ist an der Agitation eigentlich ganz ausgefallen und ein periodisches Organ, das demüht auf seiner Zeitung erscheinen soll, verdammt sein Entstehen weniger dem Bedürfnis der Propaganda als dem, materiell zu existieren. Die gesamte sozialdemokratische Presse Deutschlands ist durch Herrn Bebel, dessen Organisationsstalent dasjenige aller seiner Parteigenossen zusammen noch um ein Verächtliches übertrifft, so schnell und durchgreifend „gesäubert“ worden, daß es von dieser Seite her keinen Widerspruch mehr gegen die Parteileitung gibt.

Deutsches Reich.

* Berlin, 15. Jan. Se. Maj. der Kaiser arbeitet heute Vormittag mit dem Kriegsminister General v. Kallenberg-Sachsen und später mit dem Chef des Militärkabinetts, Generaladjutanten v. Gahrle. Heute Abend wird der Kaiser beim Kriegsminister General v. Kallenberg-Sachsen zu Gast. — Prinz Heinrich ist auf die Dauer von drei Wochen vom 26. d. dem Marine-Oberkommando in Berlin angetreten. — Bei dem russischen Botschafter land heute oben in größter Zahl fünf, ähnlich demjenigen von 8. d., an dem der Kaiser theilnahm. Dabei waren u. a. der Erbprinz und die Frau Erbprinzessin von Meiningen, Prinz Maximilian von Baden, der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß mit seiner Gemahlin, Prinz Albert von Sachsen-Altenburg, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein u. a. zu Gast.

□ Berlin, 15. Jan. Als ich bereits vor Monaten, gestützt auf vorläufige Informationen, immer wieder den ablehnten Gerichten von dem angeblichen Rücktritt D. v. Gohlers und Herrfurths entgegenzutreten durfte, erfuhr ich viele eine Einwendung verächtlicher Weise die lebhafteste Verurteilung. Dennoch aber wollte ein heftiges Blatt die Meinung ansetzen, daß gerade D. v. Gohler in jüngerer Zeit vom Kaiser ein in zugehöriger Weise seines allerhöchsten Vertrauens zu teil geworden wäre. Nunmehr muß jedoch selbst die Kreuzzeitung einräumen, daß diejenigen sich in einem schweren Irrtum befinden, welche den Rücktritt gerade dieses Ministers für unabweisbar erachteten. Meine Mitteilung, daß derselbe sich vielmehr ohne sonderliche prinzipielle Strupel dem taupel. Reformprogramm in allen feinen tief einschneidenden Punkten anbequem habe, erfuhr dadurch eine freilich stark verpöbelte Befestigung. Dasselbe darf von meinen damaligen Berichten über die Verhältnisse im Ministerium des Innern gelten. Die außerordentliche Anpassungsfähigkeit Herrfurths hat, seit der neue Ruf im Gange ist, überhaupt jedweden ernsthaften Vorwurf gegen seine Stellung ausgeschlossen. Gerade der Minister des Innern hat, durch besondere Umstände begünstigt, nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck Gelegenheit gefunden, wiederholt nach oben hin durch suveränemündiges Eintreten seine besondere Brauchbarkeit zu beweisen. Die betr. Einzelheiten, welche in gut informierten Kreisen bekannt sind, entziehen sich jedoch der öffentlichen Erwähnung. Zum letzteren Verhältnis dieser Angelegenheit dürfte vielleicht der Hinweis auf die Schmeichelei genügen, mit der er gerade in seinem Respost gewissen speziellen Forderungen des Fürsten Bismarck zu Liebe gegangen ist. Wie die Verhältnisse nun einmal sich gestaltet haben, ist irgend welche Veränderung in dem Personalstand des Kabinetts überhaupt für absehbare Zeit schwerlich zu erwarten. An höchster Stelle scheint man gerade jetzt daran zu denken, daß der Konstitutionsprozeß, welchen wir durchzuführen, nicht durch solche partielle Krisen beeinträchtigt werde.

△ Berlin, 15. Jan. Man sieht allgemein mit Spannung den bevorstehenden Beratungen des Reichstages entgegen, welche die in Antrag gebrachte Abänderung des Brandenweinsteuergesetzes zum Gegenstand haben werden. Gegen die darin in Aussicht genommene Erhöhung des Zolles auf Cognac, Akal und Rum haben sich nicht nur zahlreiche Stimmen aus den Kreisen der Interessenten ausgesprochen, sondern auch unter den tonangebenden Mitgliedern des Reichstages gibt sich die entschiedene Abneigung kund, dem Antrage zuzustimmen. Besonders neugierig ist man aber auf die Haltung der Sozialdemokraten in dieser Angelegenheit, da hervorragende Mitglieder der Partei, in welcher auch nicht der Reichstagsfraktion. sich neuerdings mit großer Entschiedenheit gegen den Alkoholgenuss wenden. Er fragt sich nun, ob diese Richtung auch bei den Beratungen im Reichstage zur Geltung gelangen wird, denn in diesem Falle würde schwerlich gegen die Erhöhung des in Rede stehenden Zolles, sondern vielmehr für die möglichst hohe Besteuerung des Brandweinsteuers eine Lange eingeleitet werden, um dem Arbeiter den Alkoholgenuss zu erschweren. Will dem Kampfe gegen den Alkoholgenuss nicht es in der sozialistischen Presse in der Tat ernst genommen zu werden. Eingehend beschäftigt hat das wissenschaftliche Organ der Partei „Die Neue Zeit“, wiederholt mit dieser Angelegenheit. Es ist dort von dem Vorhange einer „normen“ Bekämpfung des Alkohols an der Quelle einer „Kontinuität“ die Rede, und selbst dem mächtigen Einfluß des Alkohols wird entgegengetreten. „Tatsache ist“, heißt es da, „daß die Menschen nicht mächtig sein können. Wer das nicht einseht, kennt nicht die Geschichte des Kampfes wider die Trunksucht. Jeder sagt: ich bin mächtig, und jeden Augenblick kommt wieder einer mit dem Delirium ins Irrenhaus.“ Auch hervorragende Tagesblätter der Partei haben den Kampf gegen den Alkoholgenuss aufgenommen. So erklärt die maßgebende „Volkstimme“, daß zur wirklichen Mäßigkeit niemand fähig ist. Das erste Glas Bier, der erste Schluß Weine wirkt ebenso wie die erste Wochenscheineinbringung; er sei das Anfangsglied in der langen Kette von

körperlicher und geistiger Verwilderung des Individuums, vom Verfall der Gesellschaft. Daß diese Ansichten von der Weisheit der Arbeiter geteilt werde, ist sehr zu bezeichnen. Nach der Erklärung der Direktion einer berliner Brauerei während des vorjährigen Bosphorus sind sie die besten Argumente, und eine einzige Brauerei hatte damals einen täglichen Alkoholvertrieb von mehreren hundert Tonnen. Aber allerdings würde es keinen gewichtigeren Schlag geben als die Schnapspolitik und die Weinweinbrenner geben, als wenn man ihre Erzeugnisse vermindern und völlig untaugbar lassen wollte.

?? Berlin, 15. Jan. Das „Journal des Debats“ verbreitet die Nachricht, Fürst Wismar habe als Gast des Generals v. Seydlitz, mehrfach die Absicht geäußert, eine Kiste nach Frankreich zu unternehmen, mit dem Hingehenden, das königliche Volk werden einen gekleideten Minister nicht unbedeutend aufnehmen. ... „Vorher jedoch“, so citirt das Reichsblatt-Organ wörtlich, „muß ich einen Ausflug in meine eigene Vergangenheit unternehmen, der gewiß nicht a naal anfallen wird.“ Zu Bezug darauf und auf die bezüglichen Neugierigkeiten geht mir jedoch aus Sammlung eine vererbte Mitteilung zu, der zufolge denselben feinerlei Glauben beizumessen ist.

□ Berlin, 15. Jan. Die von einem böhmischen Blatte gebrachte Behauptung, Hofprediger Stöcker sei angeblich wegen übermäßiger durch die Veranlassung des Kaisers entlassen worden, entspricht, wie authentisch festgestellt ist, den tatsächlichen Verhältnissen. Der betr. Hofprediger hat, falls man nicht eine absichtliche Verleumdung voraussetzt, die die Gloden vielleicht lauten hören, ohne jedoch zu wissen, wo sie hingen, wenn anders hätte er sich bei nur geringem Dolus von gutem Willen sehr leicht davon überzeugen können, daß die Herr Stöcker in die Kasse gelassen worden. „Kaisers“ Entscheidungen zurückzuführen wollen. So wenig sympathisch uns die Figur des Hofpredigers sonst auch sein mag, so erachten wir es zur Ehre der Wahrheit doch für eine politische Instanzpflicht, die Nachricht auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

* Wie auch die „Kreuzzeitung“ meldet, steht Herr Stöcker den Gerichten über das königl. Konsumministerium gänzlich fern. Gerade Stöcker, von der richtigen Lage der Dinge und der Verhältnisse immer mit der größten Genauigkeit und Bestimmtheit seinen nichtswürdigen Gerichten überal und beständig entgegengetreten.

□ Berlin, 15. Jan. Ein „deutsches Centrum“organ hatte einmüht, vielleicht infolge irgend einer Verwechslung die Mitteilung gebracht, Herr Richter habe als Kommissionsrat als Stellungsbeholdener des Reichstags, Geheimer Kommissionsrat erhalten. Derselben Nachricht sind wir, wenn wir nicht irren, in einem hiesigen Blatte begegnet und ich dieselbe mit einer kurzen Aufklärung auch in unser Blatt übergegangen. Da Herr Richter die gedachte Auszeichnung nachweislich bereits vor Jahren erhalten hat, so wird der daraus geknüpfte Kommissar dadurch gegenstandslos.

* Die Kommission für die Indifferenz hat am Mittwochabend und gestern Vormittag Sitzung gehalten und die Generaldiskussion zum Schluß gebracht. Gegenüber dem Antrag Barth (Kommissioner 12 M.) Befestigung der Subventionen und Exportprämien am 1. Aug. d. J.) erklärte der Subventionenrat eine definitive Stellungnahme sei nicht möglich. Der billige Preis werde keine Verbrauchssteigerung nach sich ziehen. Ob v. Döhlmann, v. Standt, v. Kroschwitz sind gegen das Gesetz. Die Sozialdemokraten beantragten Aufhebung der Indifferenz, event. und für die sechsmonatigen Anträge. Graf v. Mirbach und Standt beantragten die dauernde feste Prämie auf 2 M. festzusetzen. Von den Mitgliedern des Centrums erklärte sich Abg. Reichart persönlich für den Fortfall der Exportprämie, wodurch nur der Ertragsteuern billiger Zucker geliefert werde. Graf Gumbard dagegen hält, event. wieder für den Antrag Dohlsch (Kommissioner 18 M., Prämie 1.50 M.) stimmen.

* Die Kommission für die Krankenkasernenobelle beschloß gestern zu § 3b auch die Denkbildung auf Antrag des Arbeitgeberers von der Versicherungspflicht zu bereuen, wenn dieser den Anbruch auf freie Lauf und Verpflegung in einem Krankenhause angeordnet hat. Zu § 4 wird zunächst beschlossen, die Bezugnahme auf die Hilfskassen zu § 7 abzuschneiden. Abg. Ehrlich will den neuen Zusatz, daß faktuarisch auch nichtversicherungspflichtigen Personen der Eintritt zur Gemeinderentenversicherung eingeordnet werden könne, in Wegfall bringen. Die Abg. Volkart und Guntelke weisen bei Unterstützung des Antrages auf die schwere Schädigung des ärztlichen Standes hin, welche durch die Krankenversicherung erwachsen ist und der durch weitere Erhöhung der Gemeinderentenversicherung bedingten Vorkehrung festsetze, sowie auf die Tatsache, daß letztere ein unbedeutendes, nicht fortporativ gefaltetes, daher auch weiterer Entwicklung nicht fähiges und nicht würdiges Institut ist, welches überdies durch die eventuellen Zuschüsse der Gemeinde den Anreiz einer Armentehrung erhalte. Von anderer Seite wird die Unmöglichkeit betont, die darin liegt, daß der Staat die Unterstützung der Bevölkerung durch die Erhöhung der Gemeinderentenpflichtigen Personen sich den Anreiz auf eigene Kosten verschaffen müßten. Dagegen wurde eingewandt, daß diesen Personen die Bildung von freien Krankenkassen oder der Beitritt zu den bestehenden unabweisbar sei.

* In der zweiten Sitzung der Generalkonferenz wurde am 13. d. 6 Stimmen beschlossen, die Unbedeutendheit auf Gemeinderente der bestehenden Versicherungsanstalten zur Steuer heranzuziehen.

* In der Landgewandekommission wurden am Donnerstag die §§ 117-125 erledigt. In dem Abschnitte über den Gemeinderentenbeitrag wurde auf Antrag der Konventionen beschlossen, daß die Festsetzung eines Vermögens für die Gemeinden nicht wie nach dem Regierungsentwurf obligatorisch sein soll, sondern nur durch den Kreisrat ausgenommen werden kann. Weiterhin wurden von den Konventionen im Widerspruch mit der Regierung beschlossen, dem Kreisrat eine Ermächtigung in die Verhandlung der Gemeinde zu gewähren. Dem Kreisrat soll außerdem die Revision einer Anzahl von Gemeinderenten obliegen. Die Bestimmungen über die Gütersteuern wurden un-

* Die Vorkommnisse bei gestern auf Antrag des...
* Die sozialdemokratische Fraktion hat kein Bedenken...

...fall vollständig erklären. Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

amanges worden. Den Anfang zu einer...
...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Die sozialdemokratische Fraktion hat kein Bedenken...
...den Antrag einbrachte, er wolle die notwendigen Schritte...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Die Handwerker im schlesischen Untergebirge haben...
...sich im April und Mai v. J. an den Kaiser mit...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Der Präsident des Obertribunals Dr. Hermann, der...
...Lage des Jahres ist wird, hat, wie die „Kreuzzeitung“...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Unbefristet Professor Siegler in Straßburg, welcher...
...der „Frank. Zig.“ als Einleger der...
...der „Frank. Zig.“ als Einleger der...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Dem Vernehmen der West. Pol. Nachr. zufolge soll...
...getroffen werden, daß in der Folge alle...
...getroffen werden, daß in der Folge alle...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Nach einer am Donnerstag in Bagos (Belastung)...
...eingegangenen Nachricht aus...
...eingegangenen Nachricht aus...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Nach der „Germania“ ist Direktor...
...von Straßburg ernannt worden. Weisbach...
...von Straßburg ernannt worden. Weisbach...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Nach einer Meldung aus...
...wieder Ausstellungen...
...wieder Ausstellungen...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

* Straßburg i. G., 15. Jan. Heute nachmittags fand...
...feierliche Eröffnung des...
...feierliche Eröffnung des...

...Der Staatsrat...
...der Staatsrat 1889/90...

...die Verlesung der...
...die Verlesung der...

